

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

259 (18.9.1919) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Beilage des Karlsruher Tagblattes
Preis 1.00 M. vierteljährlich 3.00 M. an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.00 M.
Anzeigenpreis: 1.00 M. pro Zeile für die erste Woche, 0.75 M. für die zweite Woche, 0.50 M. für die dritte Woche, 0.30 M. für die vierte Woche.
Verlag: Carl Neumann, Neudammstr. 10, Karlsruhe.

Einsetzen:
Die Oeff. Anzeigensache oder deren Raum 25 Pf. pro Linie, 1 Zeile an der Spitze 1.20 M. Auf diese Weise 80% Feuerungsersparnis. Rabat nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags. Heftiger Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Verordnungsamtliche Geschäftsstelle Nr. 203. Berlin Nr. 207. Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für Baden, Lokales und Volkswohl: Dr. Fritz Dietrich; für Baden, Lokales und Volkswohl: Dr. Fritz Dietrich; für Baden, Lokales und Volkswohl: Dr. Fritz Dietrich. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung in Karlsruhe. Manuskripte oder Druckbogen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 259. Donnerstag, den 18. September 1919. Erstes Blatt.

Besserung der Wirtschaftslage?

In makroökonomischen Industrie- und Finanzfragen beurteilt man neuerdings die Wirtschaftslage als etwas außerordentlich. Die Furcht vor neuen Sparmaßnahmen, die sich lähmend auf alle Geschäftszweige gelegt hat, ist etwas zurückgetreten. Aus einer arden Anmaßung von Industrien wird über einmündig gemeldet, daß in der Arbeiterfrage allmählich eine Abmilderung gegen die Streikluft entstanden ist, eine Abmilderung, die vielleicht der Wiederbeginn der Arbeit an der Arbeit ist, ohne die ein rationales Wirtschaften, ohne die ein Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens nicht möglich ist. Immer energischer wird von Arbeiterführern die Forderung zum Besten der Arbeit verlangt, in einzelnen Staatsbetrieben ist bereits eine modernisierte Arbeitsweise wieder eingeführt worden. Auch die Kohlenförderung und der Kohlenhandel haben eine leichte Besserung erfahren, und zwar sowohl im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien. Wenn freilich Arbeiterbetriebe in Haushaltesausführung der Arbeit, Landesverwaltung und der Bauwirtschaft aufgestellt haben, die Kohlenproduktion habe bereits wieder das Niveau von 1917 erreicht, so leidet ein Blick auf die Statistik, daß ausbleibend im Ruhrgebiet die jährliche Förderung mit etwa 230 000 Tonnen noch um 100 000 Tonnen geringer ist, als 1917. Wie sollte es auch anders sein! Beträgt doch die effektive Arbeitszeit im Ruhrgebiet heute nur 5 1/2 Stunden gegen 7 Stunden in 1917. Die Kohlen- und Transportkraft ist noch immer nicht erfüllt. Noch immer müssen in der Industrie Betriebsstörungen oder gar Arbeitsunterbrechungen vorzunehmen werden, und zahlreiche Unternehmen erklären, sie würden im Winter zu völliger Betriebsunterbrechung infolge der Kohlennot gezwungen sein. Die Betriebsstörungen sind als Folge des Kohlenmangels beizufügen auch den Arbeitsmarkt in sehr unangenehmem Sinne. In fast allen Geschäftszweigen herrscht ein drohendes Ueberangebot an Arbeitskräften, und wenn auch die Statistik einen Mangel an Arbeit nachweist, so hängt dies hauptsächlich mit der stärkeren Nachfrage der Arbeitslosenunterstützung zusammen.

Trotz allen diesen unangünstigen Momenten und trotz der katastrophalen Entwertung der Mark, die die Einfuhr von Rohstoffen immer mehr verteuert, scheint in den Kreisen der Industrie das Vertrauen und damit auch die Investitionsneigung wieder zu erwachen. Durch die Leipziger Messe ist die Wiederherstellung der auswärtigen Verbindungen zu den bisher feindlichen Staaten gefördert worden, die Kohlenpreise der Rohstoffe haben ansehnlich der Fall gebracht, das auch im Ausland überall die Produktionskosten stark gesunken sind, viel von ihrer abförmlichen Wirtuna verloren. Die Aufträge des Auslandes haben neuerdings wieder aufgenommen, nach einer Zeitlapse die Generalreziprozierung der deutsche Industrie in den Auf gebracht hatte, sie könne vornehmlich die Lieferungsarbeiten nicht innehalten. Die obersteinsten Großindustrie hat aus den Handelsbeziehungen Staaten bedeutende Aufträge in Rohmaterial und Rohwarenprodukten erhalten, ferner große Aufträge aus Wiederherstellung der Wirtschaft. Bedeutende Aufträge hat die deutsche Industrie auch aus Südamerika erhalten. Südamerikanische Importeure bereiten fortgesetzt auf Einfuhr von deutschen Industrieprodukten, sie setzen in Bezug auf die Lieferungsarbeiten und Preise großes Interesse entgegen. Sehr bedeutende Aufträge, hauptsächlich in landwirtschaftlichen Maschinen, hat auch die ukrainische Regierung erteilt. Das Ausland zeigt ferner ungewöhnlich starke Nachfrage nach deutschen Automobilen, nach Rohstoffen der deutschen Eisenwarenindustrie, nach deutschen Karbonaten, nach deutschen Zementen und anderen deutschen Spezialprodukten. Die Ostimmuna gegen Deutschland ist, wie leicht im Aufkommen mit dem Gewaltfrieden in vielen Ländern, insbesondere in Südamerika, in eine Stimmung der Sympathie umgewandelt.

Welche Haltung die Hauptländer der Entente, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, im handelspolitischen Hinsicht uns gegenüber einnehmen werden, läßt sich aus dem bisherigen Verhalten absehen. Die Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit hat sich in der letzten Zeit Deutschland gegenüber zweifellos verbessert. Es sprechen mancherlei Anzeichen dafür, daß die makroökonomischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland sich zu verbessern werden. Die Vereinigten Staaten haben die Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit Deutschlands durch Entlassung von Krediten und durch Lieferung von Rohstoffen sei schon im Interesse der amerikanischen Industrie notwendig. Die Amerikaner werden uns voraussichtlich helfen, aber sie werden darauf bedacht sein, ihr Monopol der Weltmärkte zu behaupten und das unsere nach Möglichkeit einzuschränken. So wird beispielsweise unsere Stützindustrie Eisenindustrie der amerikanischen Markt wohl kaum verlieren. Die Engländer, die sich während des Krieges die nordamerikanischen und die japanischen Konkurrenz aneignen haben, suchen die deutsche Einfuhr nach England völlig zu unterdrücken, aber auch sie können die deutschen Waren nicht ganz entbehren. Trotzdem müssen wir damit rechnen, daß England alles mögliche tun wird, um eine ihm unbecommene und durch den niedrigen Stand der deutschen Wirtuna beeinflusste deutsche Ausfuhr nach England und seinen Kolonien zu verhindern. Die Franzosen möchten Deutschland am liebsten als melfende Macht betrachten. Deutschland muß bezahlen ist noch immer das Schlagwort in Frankreich. Es ist aber bemerkenswert, daß der französische Wiederaufbaukommissar Loucheur jüngst erklärt hat, er wolle nicht daran, daß sich Deutschland wieder aufwärts erhebe. Der Minister trat auch für eine weitgehende Unterstützung Deutschlands mit Rohmaterial ein.

Das alles sind Hoffnungen, die aber vorerst noch in der Luft stehen. Die letzte Besserung im deutschen Wirtschaftsleben und die Fortschritte in der Wiederherstellung der überseeischen Handelsbeziehungen dürfen nicht betonen. Die Wirtschaftslage

Die Notwendigkeit einer Umbildung der Regierung.

Der „Vorwärts“ teilt in seiner geistigen Ausgabe ganz empört Einzelheiten über angebliche Umtriebe der deutschen Truppen in Kurland mit, die nichts Geringeres beabsichtigen sollen, als unter ihrem Führer, dem Grafen Goltz, gegen die jetzige deutsche Regierung zu marschieren und gewaltfam wieder die Monarchie herzustellen. Nun ist die Lage der durch die letzte Regierung um ihre Siedlungs Hoffnungen schände betrogenen Soldaten recht peinlich und demgemäß ihre Stimmung zu Eigenmächtig- und Rücksichtslosigkeiten geneigt. Der Gedanke aber, daß Graf Goltz als eine Art umgekehrter Wallenstein mit diesen Elementen einen monarchischen Angriff gegen Deutschland bilden wolle, ist doch wirklich so absurd, daß selbst Agitationszwecke den „Vorwärts“ nicht entschuldigen können, so etwas aufzutreiben.

Vielleicht erinnert sich das sozialdemokratische Zentralorgan aber daran, daß der Genosse August Winnig, Gouverneur von Ostpreußen, vor gar nicht langer Zeit vor der russisch-bolschewistischen Gefahr gewarnt hat, die sich nach der Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum jetzt direkt gegen das Deutsche Reich richtete. Und vielleicht hat der „Vorwärts“ doch wenigstens davon lauten gehört, daß die deutschen Kommunisten und ihre unabhängigen Mitläufer im Zusammenhang mit den russischen Bolschewisten in allen Teilen des Reiches neue revolutionäre Erhebungen planen, um auch in Deutschland eine Räterregierung mit allen ihren Schönheiten zu errichten.

Es ist in seiner Dresdener Rede auf diese Möglichkeit erkennbar hingewiesen, und an seinem persönlichen Willen, solche Bewegungen rücksichtslos zu unterdrücken, zweifeln wir auch nicht. Aber dank der schredlich doktrinarischen Gesamthaltung der sozialdemokratischen Regierungsmittglieder und der Partei und bei der Mächtigkeits der Radikalen, die gerade unter den Werkarbeitern, Vertriebsangehörigen und entlassenen Soldaten ihre zu allem entschlossenen Anhänger haben, ist die Aufgabe für Roste mit seiner nicht gleichmächtigen Truppe, die Ordnung aufrecht zu erhalten, wahrlich nicht leicht. Was Wunder also, daß die allgemeine Mißstimmung über die im 11. Monat der Revolution herrschenden Zustände noch durch die begründeten Zweifel an der Fähigkeit der Regierung, uns vor einem bolschewistischen Interregnum zu bewahren, verschärft wird, daß der Gedanke, selbst an einer Festigung und Besserung der Lage mitzuarbeiten, gerade im kämpferischen Soldaten mangelhaft wird. Binzu kommt noch die schmerzliche Ueberlegung, daß im Westen, wenn, wie rheinländische Blätter melden, neue Streiks und Putsch unternehmen werden sollen, die Ententetruppen zweifellos sofort einrücken und sich selbst Freiartier besorgen, aber auch rücksichtslos Ordnung schaffen würden, die unsere Regierung nicht zu schaffen vermocht hat.

Es ist so weit kommen? Der einzige Weg, um neue schwere Erschütterungen zu vermeiden, bleibt also eine Koalitionsregierung, die möglichst weit nach rechts greift, dagegen einen ganz scharfen Trennungsschritt nach den Unabhängigen hin zieht. Es ist anzunehmen, daß auch die Entente-Regierungen eine solche Lösung begünstigen würden, da sie die Gefahr des Weltbolschewismus verringert und die deutsche Arbeitsfähigkeit am ehesten wieder herstellen würde.

Wenn die Sozialdemokratie also eine demokratische Politik des Erreichbaren treiben will, muß sie auf die Alleinherrschaft verzichten und so manche Partei-Liebblingsvorstellung zunächst begraben, um als Reform- und Arbeiterpartei ein Zweckbündnis mit den bürgerlichen Parteien einzugehen. Freilich sollte da auch die Opposition der extremen Rechten aufhören.

Ein vorläufiges Demensl.

Berlin, 17. Sept. (Wolff.) In der Witterung über den beschlossenen Austritt des Reichsfinanzministers Erberger wird uns von ausländischer Seite mitgeteilt, daß das Kabinett sich wieder mit der Frage des Austritts des Reichsfinanzministers Erberger befaßt hat, noch Veranlassung habe, sich mit der Frage zu beschäftigen. Die Meldung ist glatt erfunden.

Eine neue französische Ultimatumnote.

Paris, 17. Sept. (Wolff.) Nach „Chicago Tribune“ wurde Marshall noch beauftragt, an Deutschland eine Note mit Ultimatumcharakter zu richten, durch die es aufgefordert werden soll, die nö-

Erwort noch immer einen sehr bescheidenen Umfang hat. Das Finanz- und Währungsproblem harret noch der Lösung. Schon das allein ist Grund genug, um vor einem unangelegenen Optimismus zu warnen.

Die deutschen Truppen in Lettland.

Riga, 17. Sept. (Wolff.) Der kommandierende deutsche General hat heute vormittag sämtliche Führer der ihm unterstellten Truppen versammelt und sie in langer Rede erneut auf die Schwierigkeiten hin gewiesen, die der Truppe bei einem Verbleiben in Lettland bevorstehen, wenn die Unterwürigkeit durch die Heimat erfolge. Der General fordert unbedingten Gehorsam von der Truppe, solange er an der Spitze des Korps verbleibe. Zum Schluß wurde die aus Sicherheitsrunden notwendige Umarüstung der Transport- und Räumungspläne bekannt gegeben.

Die Selbständigkeitsbewegung der Rheinlande.

Köln, 17. Sept. (Wolff.) Nach der Köln. Volkszeitung, nach der jetzt hier verammelte Parteitag der rheinischen Zentrumspartei eine Entschlieung an, in der über die Behandlung der Rheinlandsfrage Leitlinie aufgestellt werden, nach denen die Verwirklichung der rheinischen Selbständigkeitsbewegung im Rahmen des Deutschen Reiches und im Zusammenhang mit der territorialen Umgestaltung des Reiches unter dem Gesichtspunkte der gesamten deutschen Interessen und auf dem durch die Reichsverfassung vorgezeichneten Wege geschehen soll. Es sollen gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder mit weitgehender Selbstverwaltung geschaffen werden. Im Falle, daß das ausichtslos ist, können die Bestimmungen der neuen Bundesstaaten nach Artikel 18 der Reichsverfassung in Anwendung kommen. Die deutsche Reichsverfassung wird rücksichtslos anerkannt, der Parteitag erwartet jedoch, daß die Reichsregierung und die Volksvertretung die nach Art. 167 vorgezeichnete amtliche Kritik nicht erlassen werden, falls die nationalen Notwendigkeiten und die rheinischen Lebensinteressen in Zukunft ihre sofortige Beseitigung erfordern sollte. Für die Autonomie wird eine weitgehende Autonomie gefordert. Der die Rheinlande vom Reich antretend, sobald die Interessen der rheinischen Bevölkerung und selbst sich außerhalb der Zentrumspartei. Die Reichsregierung wird aufgefordert, den inneren Umbau des Reiches im vorgedachten Sinne so rasch wie möglich vorzunehmen.

Birkenfeld wieder frei.

Frankfurt a. M., 17. Sept. Wie die „Frankfurter Zeitung“ vermeldet, ist die sogenannte Regierung Voeller in Birkenfeld bereits am vergangenen Samstag durch die alte Regierung, an deren Spitze Gattung steht, und die von der gesamten Birkenfelder Bevölkerung getragen wird, ersetzt worden. Die Regierung Gattung habe die ausgewiesenen Beamten sofort zurückgerufen. Der Umsturz in Birkenfeld sei auf eine Unterredung von 12 Vertretern der Birkenfelder Bevölkerung mit General Mangin zurückzuführen. Der französische Oberkommandierende habe sich offenbar überzeugt, daß die anhängige Bevölkerung so gut wie geschlossen hinter der alten Regierung stehe und Voeller und Gen. nur Verachtung entgegenbringe.

Demonstrationsstreik gegen die Zwangswirtschaft.

Berlin, 17. Sept. Wie die „B. A. am Mittag“ meldet, ist der Streik in den Berliner Lebensmittelgeschäften von einem arden Teil der Ladeninhaber durchgeführt worden. Die Läden wurden um 10 Uhr geschlossen und sollten erst um 4 Uhr wieder aufgemacht werden. Es handelt sich um eine Demonstration gegen die Zwangswirtschaft und die Kommunalkontrolle. An den Arbeitgebern wird die Demonstration nicht so einheitlich durchgeführt, wie in den westlichen Städten.

Keine Einstellung schweizerischer Lebensmittel.

Berlin, 17. Sept. (Wolff.) Die Nachrichten, daß die Schweiz ihre Waren- und Lebensmittel-Lieferungen an Deutschland wegen der schlechten Kohlenlieferung durch Deutschland einstellen hätte, sind, wie wir hören, falsch.

Die angebliche Rückgabe der Lokomotiven.

Berlin, 17. Sept. (Wolff.) Von der gestern Abend von der „Voll. Rta.“ nach dem „Waltin“ gemeldeten Rückgabe der von Deutschland abgezogenen Lokomotiven ist an hiesiger amtlicher Stelle nichts bekannt.

Die Haltung der Landwirtschaft in Pommern.

Berlin, 17. Sept. In Pommern haben sich gewisse Gutsherrkreise geweigert, die Anordnung des Landwirtschaftsministers über Pariverträge einzubehalten. Dadurch ist die Lage außerordentlich verschärft worden. Den Drohungen der Landwirtschaft gegenüber, die Lieferungen von Getreide einzustellen, wird von dem preussischen Landwirtschaftsministerium darauf hingewiesen, daß die Befriedigung unserer Volksernährung unter keinen Umständen gelassen und mit allen Mitteln bekämpft werden würde.

Der Kampf um den Völkerverbund in Amerika.

Von Professor Dr. W. J. Bonn, Direktor der Handelshochschule in München. Einer der besten Kenner Amerikas, Professor Bonn, dem auch die Rhythmus Wilsons genau vertraut ist, führt hier den Kampf, der zwischen dem amerikanischen Präsidenten und seinem Senat entbrannt ist, auf seine eigentlichen Ursachen zurück. Bei den letzten Formen, die dieser Kampf allmählich angenommen hat, wird man gut tun, diese Ursachen niemals aus dem Auge zu verlieren.

Der Kampf um die Ratifizierung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat hat seitdem wie ein Kampf gegen den Völkerverbund ausgefallen. Er ist zum großen Teil aus dem parteipolitischen Gegenüber der republikanischen Senatsmehrheit gegen den demokratischen Präsidenten hervorbegegnet. Auf Wunsch von Präsident Wilson ist in den Friedensvertrag die Verfassung eines Völkerverbundes aufgenommen worden, die dadurch Teil des Friedensvertrages geworden ist. Wird der Friedensvertrag im amerikanischen Senat angenommen, so tritt damit Amerika dem Völkerverbund bei.

Wilson selbst interessiert sich eigentlich nur für den Völkerverbund. Er hat den Frieden immer nur als eine Art Voraussetzung für denselben angesehen. Er hoffte den starken Widerstand des Senats dadurch zu überwinden, daß er dem Senat die Wahl ließ, zwischen Annahme des ganzen Friedensvertrages einschließlich des Völkerverbundes oder Verwerfung des Friedens. Da jedermann in Amerika den Frieden will, so lag es nahe, auf diese Weise auch die Annahme des Völkerverbundes zu erzwingen. Gegen den Völkerverbund haben sich in Amerika gewichtige Stimmen erhoben. Zum Teil waren es Leute, die gegen den Völkerverbundgedanken als solchen nichts einzuwenden hatten, sondern nur dagegen waren, weil sie ihrem politischen Gegner Wilson den Triumph seiner Politik mißgönnten; zum Teil sind es Gegner des Völkerverbundes in seiner bestehenden Gestalt. Vielen Amerikanern erscheint der vorliegende Völkerverbund nicht als Völkerverbund, sondern als ein Sonderbündnis, das Amerika, Frankreich und insbesondere England den gemachten Kriegsgewinn sichern sollte. Es herrsche in Amerika eine starke Stimmung dafür, daß sich die Amerikaner von den Verbindungen mit europäischen Mächten fernhalten möchten. Der Völkerverbund würde ihnen daher auf der einen Seite nicht annehmbar, weil er Amerika verpflichtet, sich für die Interessen seiner europäischen Alliierten einzusetzen. Er erscheint ihnen auf der anderen Seite bedenklich, weil er den europäischen Mächtern des Völkerverbundes Gelegenheit geben könnte, sich in amerikanischen Dingen einzumischen und dadurch die Monroe Doctrine gefährden würde, die die Fernhaltung aller europäischen Einflüsse von Mittel- und Südamerika bezweckt.

Diese Bedenken haben durch den Inhalt der anderen Friedensbedingungen neue Nahrung erhalten. Man fühlt in Amerika, daß der Friede kein gerechter Friede ist. Man bezweifelt den Nutzen eines Völkerverbundes, wenn neben dem Völkerverbund noch ein Sonderbündnis zwischen England, Frankreich und Amerika zur Sicherung Frankreichs geschlossen werden muß. Man empfindet es insbesondere recht bitter, daß von dem eigentlichen Willensherrscher des Völkerverbundes, dem 14. Punkte, deren Verwirklichung der Völkerverbund gebühren sollte, so viel in Stücke gegangen ist. Man nimmt Anstoß an der Lösung der Ostfrage, die deutsche Bevölkerung den Polen überantwortet. Man ist nicht einverstanden mit der Abtrennung des Saargebietes. Man ist vor allem aber empört, daß Präsident Wilson die japanischen Ansprüche auf Schantung nicht energig bekämpft hat, denn Amerika betradet China als seinen Schutzbesitzer.

Daher ist neben der Kritik des Völkerverbundes als solcher mehr und mehr eine Kritik des Friedensvertrages getreten, den man für fehlerhaft und zur Grundlage eines Völkerverbundes für nicht geeignet hält. Die heftigen Angriffe im Senat richteten sich mehr und mehr gegen Wilson, der nicht imstande gewesen ist, einen guten Völkerverbund aufzubauen zu bringen, als gegen den Völkerverbund selbst. Der Kampf der öffentlichen Meinung Amerikas ist also heute nicht mehr ein solcher für oder wider den Völkerverbund. Die schärfsten Gegner Wilsons sind heute Leute, die seine begeisterten Anhänger gewesen sind, und die ihm vorerzählen, daß er trotz aller hochfliegenden Gedankenänge im entscheidenden Moment nie die Kraft hat, seine Ideen durchzusetzen. Um die äußere Form des Völkerverbundes zu retten, hat er in allen jadrlichen Punkten nachgegeben, wo immer ein ernstlicher Gegenstand sichtbar war, und von neuem gezeigt, daß bei ihm hartnäckiges Beharren auf einmal gefallenen Ideen mit schwachmühtigen Nachgeben und geschicktem Ausweichen gepaart ist. So hebt nicht eigentlich der Völkerverbund, sondern Wilsons Verhalten bei den Friedensverhandlungen zur Kritik.

Trotz aller Angriffe ist es indessen wahrscheinlich, daß der Friedensvertrag einschließlich des Völkerverbundes von Amerika angenommen werden wird. (Der Artikel ist vor dem Bekanntwerden der schärferen Angriffe vollendet. Red.) Es handelt sich nicht nur darum, daß alle Beteiligten einen möglichst schnellen Frieden wollen. Wilson selbst ist in der Vorbereitung der öffentlichen Meinung des amerikanischen Volkes äußerst geschickt und wird voraussichtlich durch seine Redetour den nötigen Druck aufbringen, um den Senat zur Annahme zu veranlassen. Die Bedingungen, die der Senat an seine Annahme knüpfen wird, werden die Idee des Völkerverbundes nicht beeinträchtigen. Im Gegenteil, sie werden eine scharfe Kritik sein eines Völkerverbundes, der auf einer unrichtigen Friedensgrundlage aufgebaut ist, und der nur wirksam werden kann, wenn diese Grundlage verbessert wird. Was als Kampf gegen den Völkerverbund begonnen hat, wird also schließlich zu seiner Rettung beitragen. Ein Völkerverbund, der der Menschheit dienen soll, ist nur möglich, wenn die politische Neuordnung die er verbürgen soll, den Grundfragen der Gerechtigkeit nicht widerspricht.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Standalöse Zustände in Bayern.

(Drahtmeldung unv. Münchener Korrespondenten.)

fr. München, 17. Sept. In München geht das bestimmte Gerücht aus, daß Toller, der zu 5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde...

Die englisch-französischen Auseinandersetzungen in Syrien.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Sept. (Volk.) Der „Temps“ teilt mit, daß am 17. Sept. die englische Regierung...

Die Enthüllungen Bullis.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 17. Sept. Das Reuters-Bureau bezeichnet die Enthüllungen Bullis als ein Gewebe von Lügen.

Die englischen Bergwerke.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 17. Sept. (Volk.) Lord George wird laut „Telegraph“ in zwei bis drei Wochen eine Abordnung...

Japan und die Union.

(Eigener Drahtbericht.)

6. New York, 17. Sept. Die japanischen Wähler melden, daß die Vereinigten Staaten...

Ernährung und Völkerverbund.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Sept. (Volk.) Nach einer Meldung des „Reit Journal“ aus New York...

Ein Journalist amerikanischer Botschafter in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Haag, 17. Sept. Der Chefredakteur der „New York Times“, George Mac Aninch...

Badische Politik.

(Eigener Drahtbericht.)

Keine Kriegsabgabe von Gratifikationen. Mehrere badische Steuerkommissare hatten bei der Veranlagung...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Volksfest in Sinsheim an der Elsenz.

(Eigener Drahtbericht.)

über alles Tun. — Wenn das Laub sich entfärbt gleich dem Saar an den Südfüßen des Mannes...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Volksfest in Sinsheim an der Elsenz.

(Eigener Drahtbericht.)

über alles Tun. — Wenn das Laub sich entfärbt gleich dem Saar an den Südfüßen des Mannes...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Japan und die Union.

(Eigener Drahtbericht.)

6. New York, 17. Sept. Die japanischen Wähler melden, daß die Vereinigten Staaten...

Ernährung und Völkerverbund.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Sept. (Volk.) Nach einer Meldung des „Reit Journal“ aus New York...

Ein Journalist amerikanischer Botschafter in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Haag, 17. Sept. Der Chefredakteur der „New York Times“, George Mac Aninch...

Badische Politik.

(Eigener Drahtbericht.)

Keine Kriegsabgabe von Gratifikationen. Mehrere badische Steuerkommissare hatten bei der Veranlagung...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Volksfest in Sinsheim an der Elsenz.

(Eigener Drahtbericht.)

über alles Tun. — Wenn das Laub sich entfärbt gleich dem Saar an den Südfüßen des Mannes...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Volksfest in Sinsheim an der Elsenz.

(Eigener Drahtbericht.)

über alles Tun. — Wenn das Laub sich entfärbt gleich dem Saar an den Südfüßen des Mannes...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Volksfest in Sinsheim an der Elsenz.

(Eigener Drahtbericht.)

über alles Tun. — Wenn das Laub sich entfärbt gleich dem Saar an den Südfüßen des Mannes...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Volksfest in Sinsheim an der Elsenz.

(Eigener Drahtbericht.)

über alles Tun. — Wenn das Laub sich entfärbt gleich dem Saar an den Südfüßen des Mannes...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Demokratischer Verein Forthheim.

(Eigener Bericht.)

Am Sonntag hielt der Demokratische Verein Forthheim in der „Krone“ eine Mitgliederversammlung...

Aus Baden.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Willkommengruß für die Kriegsgefangenen in Mannheim. tr. Mannheim, 17. Sept. Die am Montag hier eingetroffenen Kriegsgefangenen wurden...

Die Milchversorgung der badischen Städte.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Landesverband der Milchhändlergenossenschaften Badens hat an das Ministerium...

Japan und die Union.

(Eigener Drahtbericht.)

6. New York, 17. Sept. Die japanischen Wähler melden, daß die Vereinigten Staaten...

Ernährung und Völkerverbund.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Sept. (Volk.) Nach einer Meldung des „Reit Journal“ aus New York...

Ein Journalist amerikanischer Botschafter in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Haag, 17. Sept. Der Chefredakteur der „New York Times“, George Mac Aninch...

Badische Politik.

(Eigener Drahtbericht.)

Keine Kriegsabgabe von Gratifikationen. Mehrere badische Steuerkommissare hatten bei der Veranlagung...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Volksfest in Sinsheim an der Elsenz.

(Eigener Drahtbericht.)

über alles Tun. — Wenn das Laub sich entfärbt gleich dem Saar an den Südfüßen des Mannes...

Die deutsche Republik.

(Eigener Drahtbericht.)

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“: Erzbergers Klage gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich...

Auswärtige Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberste Rat und d'Annunzio. h. Neapel, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte...

Volksfest in Sinsheim an der Elsenz.

(Eigener Drahtbericht.)

über alles Tun. — Wenn das Laub sich entfärbt gleich dem Saar an den Südfüßen des Mannes...

den Schichten. In Mengen bis zu 20 Liter täglich wird von einzelnen Familien die Milch zusammengekauft und im Schleißhandel weiter verkauft, und das Bild an den Bahnhöfen zeigt deutlich, daß bald mehr Milch auf Schleichwegen in die Stadt kommt, als ordnungsgemäß angefordert wird. Von vielen aus den Kreisen zurückgekehrter Familien wurde unter Mitglidern behauptet, daß sie während ihres Landaufenthalts so viel Milch haben konnten wie sie wollten, was doch gemäß ein Beweis ist, daß der Milchmangel auf dem Lande nicht so groß sein kann, als er sich in den Städten fühlbar macht.

Unmöglich hat sich bei der städtischen Bevölkerung die Meinung eingeschlichen, als sei das Milchholen auf dem Lande zum eigenen Verbrauch behördlich verboten und der Landwirt lebt auch in dem Glauben, als sei der eigenmächtige Milchverkauf halbwegs erlaubt. Manche Gemeinden liefern gar keine oder nur ganz wenig Milch ab, weil sie auf Schleißwegen höhere Preise erhalten, und es ist zu befürchten, wenn nicht von der Regierung energische Maßnahmen ergriffen werden, daß die bis jetzt noch einigermaßen abliefernden Gemeinden auch noch angeheult werden, keine Milch abzuliefern, wenn die jetzigen Zustände noch länger andauern werden.

Der Vorsitzende des Landesverbandes der Milchlandwirtschaftlichen Verbände richtet daher die folgende Bitte an das Badische Ministerium des Innern, durch eine erneuerte Bekanntmachung die Gemeinden zur Lieferung der Milch aufzufordern und nachdrücklich strenge Verfügungen gegen Erzeuger und Verkäufer einzutreten zu lassen. Ein Zusammenbruch der Milchversorgung der Städte wäre ein großes Unheil für die städtische Bevölkerung, er ist aber unabweislich, wenn nicht reichliche Maßnahmen und dafür gesorgt wird, daß die Milch ordnungsgemäß in die Städte kommt.

Landesversammlung des Verbands der Gemeindevorstände
(Eigener Bericht)

Am Samstag und Sonntag fand in Laßweil die 10. Jahresversammlung des Landesverbandes der badischen Gemeindevorstände unter Leitung des vereidigten Vorsitzenden, Bürgermeisters Kaufmann von Hornberg, bei sehr guter Beteiligung aus allen Teilen des Landes statt. In seiner Eröffnungsansprache begrüßte der Vorsitzende die zahlreich versammelte Versammlung, besonders den Amtsratspräsidenten, Regierungsrat Pfeiffer, den Vertreter der Stadtgemeinde, Stadtrat Kaufmann von Laßweil, den Vorsitzenden des Landesverbandes städtischer Vorstände, Oberstadtratspräsident Pfeiffer von Karlsruhe. Der Tätigkeitsbericht gab ein Bild der vielfältigen Arbeiten des Verbands unter Leitung seines mächtigsten und kräftigsten Vorsitzenden, aber auch einen Ausblick auf die noch bevorstehenden schwierigen Arbeiten, die auch für den Stand der Gemeindevorstände der neu gegründeten Zentralverbände der badischen Gemeindeverbände mitwirken wird. Die Notwendigkeit eines engeren Zusammenhanges zur Verbesserung der Verhältnisse der Gemeindevorstände, besonders der Gemeindevorstände, wurde überzeugend dargestellt, und es wurde beschlossen, daß die Gemeindevorstände ein besonderes Augenmerk auf die Sachverhalte der Gemeindevorstände legen sollen, und es wurde beschlossen, daß ein aus Arbeitern und Arbeitnehmern zusammengesetzter Ausschuss sich der sachgemäßen Erledigung der Vorarbeiten und Wünsche annimmt. Die Beschlüsse der Versammlung sind im allgemeinen des höchsten Bedingens wert, eine neue Zeitungsbeilage des Verbands ist eine neue Zeitschrift der Gemeindevorstände, die die Beziehungen zur Gemeindevorstände und deren Aufgaben unterrichtet werden. Ebenso hat auch die Erteilung eines Einheitsrechts, der sich zuerst in der Gemeinde befindet, Beifall gefunden. Durch ihr Verbot die Minder- und Schlichter der Beweismittel geregelt werden. Die Vergütungen der nicht voll beschäftigten Gemeindevorstände sollen nach der Zeitdauer der geleisteten Arbeit bemessen werden.

Am Mittwochsabend des zweiten Verhandlungsabends fand der Vortrag des Oberstadtratspräsidenten Pfeiffer von Karlsruhe über den Zentralverband der Gemeindevorstände statt. Der Redner gab mit seinen interessanten Ausführungen wertvolle Aufschlüsse über Zweck und Aufgabe des Zentralverbandes und erreichte mit seinen überzeugenden Darlegungen, daß der Ausschuß des Gemeindevorstandes auf diesen einmütig ausgehoben wurde, nachdem mehrere gestellte Fragen eine befriedigende Antwort gefunden hatten. Ebenso wurde dem Beschlusse zugestimmt, Oberstadtratspräsident Pfeiffer als Leiter des Zentralverbandes im Hauptamt anzustellen. Für diesen schwierigen Posten hätte wohl kaum ein geeigneter Beamter gefunden werden können, denn der außerordentlichen Tätigkeit des Herrn Pfeiffer ist die Gründung des Zentralverbandes mit in erster Linie zu danken.

Bei den Vorarbeiten wurde der Vorsitzende, Bürgermeister Kaufmann von Hornberg, als vor kurzem Bürgermeister in Großsachsen und vorher Stadtratspräsident in Schopfheim, der sich um den Gemeindevorstand außerordentlich verdient gemacht hat, als solcher einstimmig wieder ernannt. Weiter wurden gewählt: als zweiter Vorsitzender Stadtratspräsident Pfeiffer in Gengenbach, als Schriftführer Stadtratspräsident Gram in Radolfzell, als Schatzmeister Stadtratspräsident Koch in Weinsheim.

Bei den Wahlen in den Ausschuss ist das langjährige verdiente Mitglied Gemeindevorstandes Puh in Gengenbach wieder ernannt worden, während an Stelle zurückgetretener oder freiwillig ausgetretener Ausschussmitglieder ernannt wurden: die Gemeinde- und Stadträte Herr- und Leberlingen, Pfeiffer, Willmann, Wick, Gernand, Weiler, Mosbach, Gernand, Gernand, Lühr, Hornberg und Puh in Gengenbach. Dann konnte der Vorsitzende die harmonisch verlaufene Tagung mit Dankworten schließen.

Der Deutsche Weinbauverband

Am 8. und 9. September in Frankfurt a. M. abgelaufene Sitzungen des Vorstandes des wirtschaftlichen Unterausschusses und des Gesamtausschusses ab. Unter anderem bildeten die Bestrebungen zur reiblichen und zweckmäßigen Ausbarmung der Weinreife einen lebhaften erörterten Gegenstand der Tagesordnung. Ueber die regierungsmäßig beschlossene Neuorganisation der Weinbauverbände sprach ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums. Die Stellung des Weinbauverbands dazu kann durch die Ausführungen von Ringen aus allen Weinbaugebieten zum Ausdruck kommen. Die städtische Bevölkerung der Weinbauverbände wurde in einem Vortrag von Landesökonomierat Herrn Würzburg behandelt und die Errichtung einer Reichsanstalt für Weinbauverwaltung besprochen. Zu den künftigen Steuerfragen wurde Stellung genommen und die Abwendung einer entsprechenden Erklärung an die Nationalversammlung beschlossen. Zum Entwurf des Betriebsgesetzes in seiner jetzigen Fassung wurde eine entschiedene ablehnende Stellung eingenommen.

Allgemein hielt man die Einbeziehung der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände der Weinbauverbände in die Bundesorganisation für zweckmäßig und wünschenswert.

Zur Ausfuhr von Laß

aus Baden ist eine Verjüngungs- und Erneuerungsbewegung, die durch die Bad. Landesoberbehörde in Mannheim erteilt wird.

Durlach, 17. Sept. Das elektrische Stromnetz wird nun mit Aufbietung aller Kräfte ausgebaut werden, nachdem die Oberleitung des Wasser- und Straßenbaues in Karlsruhe die Förderung des Unternehmens nach Kräften zugesagt hat.

II. Forstheim, 17. Sept. Von den 180 Mitglidern der aufgelösten Volksmehr sind jetzt 94 in Arbeit getreten. Da es hier in den verchiedenen Bezirken an Arbeitskräften mangelt, dürfte auch der Restbestand der Volksmehr bald untergebracht sein. Von Kriegesgefangenen sind bislang 12 nach Forstheim zurückgebracht. Sie konnten sämtlich in Arbeitsstellen untergebracht werden. Die Stadt beschäftigt zurzeit 388 Reichsanstaltsarbeiter, während hier nur noch 88 Personen, darunter eine weibliche, Erwerbslosenunterstützung beziehen. — Auf der Eisenbahntrasse Viehtrasse—Brudal wurde ein Eisenbahner, einen milderbemittelten Mann, im August während er schlief, eine schwarze Lederkoffer mit 21 000 M. beiseite aus 18 Stück 1000- und 60 Stück 50-Mark-Scheinen, aus der Koffertrasse entnommen. Auf die Wiedererlangung des Geldes ist eine Beschlagnahme von 3000 M. ausgesetzt. — Die hiesige Bahnhofsverwaltung ist zum Preise von 26 000 M. an Restaurateur Saferhorn aus Karlsruhe veräußert worden, der sie am 1. Oktober übernimmt. Die bisherige Wächterin, Frau Luise Gutter, die die Bahnhofsverwaltung seit länger als 35 Jahren führte, zieht am 1. Oktober nach.

Don der Bergstraße, 17. Sept. Aus dem in voller Fahrt befindlichen Schnellzug Heidelberg—Karlsruhe fuhrte in der Nähe von Hebenheim ein Fuhrmann aus unangelegter Ursache so unglücklich heraus, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Verunglückte war der Oberkollaborator Heinrich Ameluna aus Strahra.

W. Seidelberg, 17. Sept. (Via. Drahtbericht.) Vertreter der Kreise von Mannheim, Seidelberg und Mosbach haben heute in Verbindung mit der Stadt Seidelberg auf Grund der Beschlüsse der Kreisversammlung und des Statutes eine G. m. b. H. gegründet, die in dem Hause am Neuenbühl, hiesiger Hotel Bellevue ein Sanatorium für innerliche Krankheiten errichtet. Aufgenommen werden Nichtberufliche, die nicht in der Lage sind, Kuren in Bädern oder Kurorten zu besuchen. Nach Abschluß von Wiederherstellungsarbeiten wird das Haus im Spätherbst eröffnet werden. Die ärztliche Leitung übernimmt Prof. Dr. Albert Kraenzel, bisher in Badenweiler.

Mannheim, 17. Sept. Im Industriegebiet hier ist der 11 Jahre alte Volksschüler Karl Wolf, Sohn des Oberpostleiters J. Wolf, ertrunken. Die Leiche des Ertrunkenen konnte noch nicht geborgen werden.

Mosbach, 17. Sept. Am Sonntag fand hier im Saale des Bahnhofhotels eine sehr zahlreich besuchte Bauernversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Lage der Landwirtschaft und die Notwendigkeit des Zusammenhanges des Bauernstandes. Nach der Begrüßung durch Landwirt Schneider, Stiefenhardt nahm Landtagsabg. Herr Scheide, Sachverständiger das Wort, um u. a. klar zu legen, daß unter den Kontrollmaßnahmen besonders die Haus- und Milchkontrolle sehr häufig empfunden werden und daß das Wirtschaftssystem viele Unzweckigkeiten im Gefolge habe. Die Abseherpflicht müsse noch beibehalten werden. Bei den Kontrollmaßnahmen könnten manche Vorschriften gemildert werden. Die Landwirte möchten sich zusammenschließen, um so besser ihre Rechte wahrnehmen können. Geschäftsführer Müller-Karlsruhe sprach sich gegen die Sozialisierung der Landwirtschaft aus, es solle keine neue Partei gegründet werden, nur eine wirtschaftliche Vereinigung.

Mosbach, 17. Sept. Durch die Hitzefalag wurden die Anwesen der Landwirte Andreas Braun und Andreas Müller vollständig eingeeicht.

Radolfzell, 17. Sept. Der gestern morgen nach Leberlingen-Brudal abgehende Personenzug fuhr in der Station Gippingen auf den dort aus Lindau kommenden Personenzug auf. Durch den Anprall wurde der Radolfzeller Leberlinger Wagen schwer beschädigt. Außer einigen leicht verletzten Reisenden kam niemand zu Schaden. Der Zusammenstoß soll auf falsche Weichenstellung zurückzuführen sein.

Konstanz, 17. Sept. Der Stadtrat beauftragte den Bürgermeister Arnold gemeinsam mit dem Vg. A. M. a. n. wegen der Ausgestaltung der Ferienanlage in Konstanz mit dem Finanzminister Wirth in Karlsruhe zu verhandeln. — Am Sonntag morgen schwammen Herr Lejaffé und Fr. Göppner vom Schwimmverein Konstanz in vier Stunden von Meersburg nach Konstanz.

Singen, 17. Sept. Seit vergangener Samstag sind die hiesigen Mälergehilfen im Auslande. Sie verlangen 40 Bg. Lohn mehr für die Stunde, so daß der Stundenlohn 2,40 M. betragen würde. Die Mälermeister haben diese Forderung abgelehnt.

Karlsruher Bürgerausschuß.
(Eigener Bericht.)

Zu Beginn der Sitzung stellte Stadts. D. Hefelbocher folgende kleine Anfrage:

Als die Stadtverwaltung erfuhr, nachdem sie sich mit einem ihre Verhältnisse bis zum äußersten belastenden Ansuchen an der Finanzierung des Landes-Theaters beteiligt hat, die Aufführung von Stücken wie Frank Bedelwitz „Erbschaft“, die ohne einen künstlerischen Wert, lediglich durch die aufdringliche Darstellung der niedrigen Erotik zu wirken versuchen, weiterhin ohne Widerspruch ausfallen und damit der Bevölkerung der Volksschicht durch diese Pseudo-Kunst die Wege bahnen zu helfen?

Bürgermeister Dr. Rau beantwortete die Anfrage dahin, daß schon vor einem Jahr vom Stadtrat der Wunsch geäußert worden ist, daß derartige Stücke vom Spielplan ferngehalten werden. Nach dem neuerdings zwischen Stadt und Intendant, einerseits und Regierung und Intendant andererseits abgeschlossenen Vertrag habe die Intendantin in der Wahl künstlerischer Stücke weitgehende Freiheit und die Stadtverwaltung danach wenig Einfluss auf die Gestaltung des Spielplans. Die neuerliche Meinung des Stadtrats sei noch nicht bekannt, weil die Anfrage eben erst eingelaufen sei. (Zur Sache möchten wir bemerken, daß die Initiative zur Aufnahme des Stückes noch aus der Vera Wassermann datiert. Nachdem die Verpflichtung, der Erziehung Bedelwitz durch Wiedergabe eines maranten Stückes gerecht zu werden, fluiert ist und das literarische Programm des neuen Intendanten dardit, daß eine einseitige Pflege erotischer Bühnenwerke nicht beabsichtigt ist, scheint uns die Frage nicht mehr von besonderer Aktualität. Die Red.)

Mit Einbilligung und zum kleinen Teil nach Erweiterung nach dem Kollegium folgende Vorlagen an: Ausbau des Schaffhauses beim Elektrizitätswerk und Errichtung der Gaswasser-Bearbeitungsanlage im Gaswerk II.

Errichtung einer Gasverteilungsanlage auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks I.

Errichtung einer Gaswasser-Bearbeitungsanlage im Gaswerk II.

Befestigung des Geländes des ehemaligen Gaswerks an der Kaiser-Allee.

Errichtung elektrischer Beleuchtung im Verwaltungsgebäude des Hdt. Gartenamt.

Instandsetzung des kleinen Festhallens und Einführung elektrischer Beleuchtung in verschiedenen Räumen der Festhalle und andern städtischen Gebäuden.

Planierung der Göttinger Straße. Schaffung weiterer Postanstalten. Bei Punkt

Errichtung von Spielplätzen
Der Bürgermeister Klein Schmidt eine Darstellung des Mayus, der gegenüber dem Sportverein anzuwenden wird, damit die Stadt diesen Vereinen Plätze zur Verfügung stellen kann. Es wäre im Interesse der Pflege des Sports von erheblicher Bedeutung, wenn sich die verschiedenen Strömungen (Landesausbau und Freie Sportvereine) zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen könnten. Eine schwierige Aufgabe, die man aber zu lösen trachte.

Die Frage der Anstellung eines Schulrates
War der einzige Gegenstand, der eine lebhaftere Debatte auslöste.

Bürgermeister Klein Schmidt begründete die Vorlage und empfahl sie zur Annahme. Namens des Geschäftsleitenden Vorstands betonte Stadts. Ernst Frey die Wichtigkeit der Vorlage, indem er erklärte, daß bisher zu wenig getan worden ist. Das Bedenken sei bei der Hebung von nebenamtlichen zum Hauptamtlichen kommen. Man habe nicht mehr länger auszuhalten können, da die Anstellung eines Schulrates zu dringlich sei, daß die Gestaltung des Schulrates nicht erst abgewartet werden konnte. Der neue Mann soll zur Schulart sein und feinerlei Nebenamt ausüben. In seiner Unterjüngung sollen Disziplin herangezogen werden.

Stadts. Prof. Dr. Kallbach ging in längerer formaler und interessanter Ausführungen auf die Materie ein. Es sei das zweite Mal, daß der Bürgerausschuß bei der Entscheidung über eine so weittragende städtische Kulturfrage gefordert werde. Es sei leicht zu bedauern, daß man innerhalb einiger Wochen zum zweiten Mal in die Lage versetzt werde, vor einer Entscheidung in allerletzter Stunde gestellt zu sein, in die Bedürfnisse bereits so drückend seien, daß eine künftige Wohl in der Stellungnahme überholt nicht mehr möglich sei. Gegen diese Rolle müsse er entschieden Einspruch erheben. Nachdem man sich bereits sooft über die Verhältnisse im Hinblick auf die Ausgestaltung bereits mehrere Male verhandelt habe und heute erst auf der Vorlage Stellung genommen werden soll, findet der Redner die zugehörige Rolle sehr merkwürdig. Die Frage nach dem Spiel des Schulrates sei noch keineswegs geklärt. Man befände sich heute hier in der Situation eines Schöpfers, der lange Zeit auf der einen Seite geschlafen habe und heute plötzlich auf die andere Seite. Die Verhältnisse, Lehrkräfte und Elternschaft sollten möglichst zusammenwirken. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob man das Wiesbadener (nebenamtliche) oder das Mannheimer (hauptamtliche) bevorzugt soll. Für Karlsruhe bedeutet die Entscheidung seit 1904/05. Zusammenfassend bemerkte der Redner, daß eine Auffassung nebenamtlich gemeint erwirde, die die Intendanten nebenamtlich tätiger Lehrer unter eine hauptamtliche Leitung der Schulinspektion überführt. Ammerich seien die Dinge aber noch so im Fluss, daß ein abschließendes Urteil über die Meinung, man solle das Amt im Hauptberuf bezeichnen und abwarten, was sich unter Führung einer hervorragenden Persönlichkeit weiter entwickele. Es komme nicht so sehr auf die Einzelheiten des Statutes, sondern auf die Leitung durch die betreffende Persönlichkeit an. Sehr bedauerlich finde er die Verdrängung, die in der Vorlage durch den Ausdruck komme, daß der Schulrat noch mit anderen Aufgaben belastet werden solle. Die Entscheidung solle nicht loszulassen schon mit dem Intensionspatent festgelegt werden. Diese Auffassung stellt also gewissermaßen ein Kompromiß dar. Wenn der neue Mann sich eigne, so dürften seine Kräfte nicht in anderen Zweigen der Dignität verstreut werden. Die Bezeichnung Stadtrat sei verfehlt. Er bitte, daß man sich in der Verordnungsfrage nicht überziehen. Vergebung, Rettung und andere Möglichkeiten seien unerlässlich. Die Gehaltsfrage dürfe nicht etwa aus dem Substanzvermögen geregelt werden. Das festgesetzte Gehalt von 10 000 M. sollte auf 12 000 bis 15 000 M. erhöht werden, da vermieden werden müsse, daß der Schulrat auf Nebenverdiensten angewiesen sei. Die demotografische Fraktion schlage vor, eine Personalkommission zu bilden, die zur Ergänzung ihrer Kenntnisse und Informationen, Lehrer und Elternschaft die dem die beherrschende Persönlichkeit herausfinden sollte. Es handele sich hier um eine große Verantwortung, da ein neues schulpädagogisches Zeitalter begonnen habe. Zur Erhaltung der Gesundheit unserer Jugend sei der beste Mann gerade gut genug.

Stadts. Frau I. (Soy.) der zunächst Mängel in der Schulgesundheitsfrage vorbrachte, hielt einen Schulrat für unbedingt notwendig. Seiner Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Verschiedene Redner und eine Rednerin unterstützten die vorstehend erwähnten Forderungen. Bürgermeister Klein Schmidt begründete die geringe Verzögerung der Vorlage damit, daß der Versuch gemacht worden sei, das Gesundheitsamt zustande zu bringen. Es sei aber schließlich nur die Notwendigkeit übrig geblieben, sobald wie möglich einen Schulrat anzustellen.

Nachdem ein Antrag des geschäftsleitenden Vorstandes, das Anfangsgehalt für den städtischen Schulrat auf 12 000 M. festzusetzen und die Bezeichnung Stadtrat fallen zu lassen und dafür Städtischer Schulrat zu setzen, angenommen war, fand die Vorlage ergebnislos Annahme.

Des weiteren wurden aufgegeben: die Veränderung der Verbrauchssteuerordnung und die Aufnahme eines Anlehens in Betrage von 25 Millionen Mark.

Stadtratspräsident Hofmann (Dem.) empfahl, die beherrschende Geschäftsleitenden auszusprechen und zur Begehung von städtischen Obligationen zu verzichten. Seine Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Stadtratspräsident Hofmann (Dem.) empfahl, die beherrschende Geschäftsleitenden auszusprechen und zur Begehung von städtischen Obligationen zu verzichten. Seine Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Stadtratspräsident Hofmann (Dem.) empfahl, die beherrschende Geschäftsleitenden auszusprechen und zur Begehung von städtischen Obligationen zu verzichten. Seine Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Stadtratspräsident Hofmann (Dem.) empfahl, die beherrschende Geschäftsleitenden auszusprechen und zur Begehung von städtischen Obligationen zu verzichten. Seine Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Stadtratspräsident Hofmann (Dem.) empfahl, die beherrschende Geschäftsleitenden auszusprechen und zur Begehung von städtischen Obligationen zu verzichten. Seine Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Stadtratspräsident Hofmann (Dem.) empfahl, die beherrschende Geschäftsleitenden auszusprechen und zur Begehung von städtischen Obligationen zu verzichten. Seine Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Stadtratspräsident Hofmann (Dem.) empfahl, die beherrschende Geschäftsleitenden auszusprechen und zur Begehung von städtischen Obligationen zu verzichten. Seine Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Stadtratspräsident Hofmann (Dem.) empfahl, die beherrschende Geschäftsleitenden auszusprechen und zur Begehung von städtischen Obligationen zu verzichten. Seine Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Stadtratspräsident Hofmann (Dem.) empfahl, die beherrschende Geschäftsleitenden auszusprechen und zur Begehung von städtischen Obligationen zu verzichten. Seine Fraktion gehe die Vorlage nicht weit genug. Ein Schulrat genüge nicht. Seine Ausführungen gaben Anlass zur Förderung regelmäßiger Unterjüngung und Hebung der Schulkräfte auf Überholhöhe, Freilaufprüfung, Gehör, Augen und zahnärztliche Unterjüngung. Vollständige Abhilfe erwartete er jedoch nur durch obligatorische Einführung der Familienversicherung. Vor allem müsse nicht nur eine Unterjüngung, sondern auch eine Behandlung der Kinder eintreten. Am Bedarfsfälle müßten die Gemeinden einbringen.

Karlsruher Stadtrat.

Mitteilungen aus der Sitzung vom 11. Septbr.

Wohnungsneubau im Hartwald. Die Handwerker-Gesellschaft legt einen Plan für die auf dem Hartwald nördlich des Radettenhauses vorerst herzustellen Straßen und Straßenfreizeitanlagen. Der Stadtrat erklärt sich mit dem Plane einverstanden.

Schaffung weiterer Wohnungen. Wegen Ankauf der Paraden des Kaserne-Kasarets VII auf dem großen Exerzierplatz für die Stadtgemeinde wird mit der Militärverwaltung in Verhandlung getreten. Die Paraden sollen zu Wohnungen (44) für elterliche Flüchtlinge eingerichtet werden.

Erweiterung von Gleisanlagen. Die Gleisanlagen für das Tiefbauamt und für das Gaswerk auf dem südlichen Lagerplatz an der Durlacher Allee sollen mit einem aus Ansehensmitteln zu betreibenden Kostenaufwand von 160 000 M. den Bedürfnissen entsprechend erweitert werden. Es geht Vorlage an den Bürgerausschuß.

Errichtung von Professorenstellen an den städt. Höheren Lehranstalten. Nach Mitteilung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts soll zur Verbesserung der Anstellungsmöglichkeit für die wissenschaftlich gebildeten Lehrer für das Verhältnis zwischen etatmäßigen und nichtetatmäßigen Lehrern statt bisher 4:1 künftig 6:1 als Norm gelten. Das Ministerium beabsichtigt daher, für die Goethe- und die Real- und die Höheren Lehranstalten, für die Humboldtschule, die Oberrealschule und die Pestalozzischule je eine weitere Stelle im Staatsvoranschlag für das Jahr 1920 anzufordern. Der Stadtrat erklärt sich mit der Errichtung der vorgesehenen weiteren etatmäßigen Stellen einverstanden und beantragt beim Bürgerausschuß die Verteilung der hierfür erforderlichen Mittel.

Arbeitsnachweis für Friseur- und Bürstenmacher. Der Errichtung einer Fachabteilung für das Friseur- und Bürstenmacher-Gewerbe beim Stadts. Arbeitsamt wird zugestimmt und das mit den beteiligten Organisationen hierüber getroffene Abkommen genehmigt.

Die Frage eines Karlsruher Flughafens.

Von einem Fachmann in katechnischen Dingen erhalten wir folgende Auskunft:

Die aus einer Notiz hervorgeht, verfolgen der Karlsruher Verkehrsverein und der Karlsruher Luftfahrtsverein den Plan eines Flughafens auf den von Mannheim bei Müburr. in der Hofmanns- oder der Karlsruher Stadt alsbald „zur Tat übergehen“. Erlauben sie einem ehemaligen Wiener auf einige Mängel des vorerwähnten Planes aufmerksam zu machen:

Der Voranschlag geht davon aus, daß der während des Krieges als Flughafen benutzte Exerzierplatz auf diesem Zweck künftig nicht anzuwenden sei, da er sowohl für Flugzeuge selbst, als auch im Hinblick auf die Entfernung vom Bahnhof unzulässig ablegen sei. Was den ersten Punkt anbelangt, so kann ich auf Grund eigener Erfahrungen feststellen, daß der Exerzierplatz trotz der für Flugzeuge nicht gerade idealen Vorfeld- und Startbahn als Flughafen für normale, d. h. zweifelhafte Flugzeuge, selbst bei unangünstigen Wetterlagen vollkommen ausreicht.

Wenn in dem Voranschlag von ankünftigen Verkehrs- und Großfluggesellschaften die Rede ist, so wird in Anbetracht unserer mangelhaften Wirtschaftslage ein derartiger, heute noch ungewisser, hoffvoller Luxusverkehr die nächsten zehn Jahre für eine Stadt wie Karlsruhe nicht in Betracht kommen. Daran ändert die Tatsache, daß es in einer Millionenstadt wie Berlin tatsächlich Leute gibt, die die Kosten einer solchen Beförderung bezahlen können (ungefähr 25 M. pro Kilometer), nicht das Geringste. Schlimmstenfalls müßten sich eben die Passagiere in Karlsruhe zu einer Straßenbahnfahrt „herablassen“, um den Bahnhof zu erreichen.

Die Müburrer Kennlinien sind heute eine feuchte Wiesenfläche, die zu einem Anflugfeld nur durch ein einseitiges Heranziehen, d. h. zu entwerfen und zu planieren, bei den gegenwärtigen Arbeitslöhnen eine ganz erhebliche Summe bedürfen würde, abzusehen davon, daß aus Dallen und die notwendigen Betriebsleistungen im Augenblick der Benutzung fertig vorhanden sein müßten.

Kurzzeit dient die trockene Fläche einer infolge ihrer feuchten Bodenbeschaffenheit sehr extraordinary Wiesenfläche. Nun hat der Karlsruher Stadtrat schon einmal an die militärische Behörde das dringende Ersuchen gerichtet, den bisherigen Exerzierplatz für die heute so wichtigen landwirtschaftlichen Zwecke freizugeben. Daneben erscheint das Vorhaben, gute Wiesenflächen für weit in der Zukunft liegende Zwecke heute schon zu vernichten, doch sehr unglücklich, abzusehen davon, daß die verlassene Wiederleuna der alten Paradenreihe in unserer an landschaftlichen Schönheiten nicht überreichen Gegend lebhaften Protest hervorzurufen dürfte.

Der ganze Plan steht, auch mit Rücksicht auf die Rentabilität der großen aufzunehmenden Mittel eine wirtschaftliche Lage voraus, die unserer heute tatsächlich bestehenden ungleich entgegengesetzt sein dürfte.

Abschließend sei nochmals hervorgehoben, daß die einzige Form, in der der Luftverkehr in nächster Zeit in Deutschland bei nächster Betrachtung allgemein denkbar ist, nämlich als Briefpostbeförderung mit Flugzeugen, Maschinen benötigt, für die die Verhältnisse des hiesigen benutzten Platzes wohl noch lange ausreichend sind, vorausgesetzt, daß nicht aus dieser Platz noch für die heute fast wichtigeren Zwecke des Kartoffelbaues in Anspruch genommen wird. A. S.

Letzte Nachrichten.

Die Krise in der Metallindustrie.
(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 17. Sept. Die Lage in der Metallindustrie hat eine Verschärfung erfahren. Die Arbeiter von 10 großen industriellen Betrieben haben Forderungen eingereicht und ein Ultimatum gestellt, das von den Fabrikleitungen abgelehnt worden ist.

Oberndorf a. N. 17. Sept. (Via. Drahtber.) Die Waffenfabrik Mauser stellt vom 15. Oktober an den Betrieb während des Winters ein.

Berlin, 16. Sept. (Privattelegr.) Der frühere Kommandeur des sächsischen Inf.-Regt. Nr. 117, Generalleutnant Clausen, hat seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht, da er die Schmach seines Vaterlandes nicht länger ertragen könne.

Berlin, 17. Sept. (Privattelegr.) Gestern aelam es, den Massenmörder War Kennia, der nach Verurteilung eines neuen Todes an einem Gendarmen aeloben war in Stealls zu befehlen.

Ratten, Mäuse, Wanzen, Käfer etc.

besitzen wir vollständig mittel unseren noch nie versagten Spezialmitteln, selbst da, wo schon viele Mittel ohne Erfolg angewandt waren.

Versicherungs-Institut gegen Ungeheuer
Philippstraße 25 F. Höllstern, Markgrafstr. 52 p.

Aus dem Stadtkreis.

Verhaftet wurde: ein 29 Jahre alter Artist aus Baden wegen Erzeuna öffentlichen Vergnügens, ein 15 jähriger Student aus Oberlichtenbach wegen Schleichhandels, ein 25 Jahre alter verk. Kaufmann aus Emmendingen wegen dringenden Verdachts des Diebstahls und ein 19 Jahre alter Kaufmann aus Karlsruhe, der wegen Einbruchsdiebstahl gefasst wurde.

Sonaten-Abend Mara. Schweifert - Hermann Drews. Es sei noch einmal auf den Sonaten-Abend der Karlsruher Geinlerin Maraarete Schweifert und des Herrn Hermann Drews heute abend 8 Uhr in den Vier Jahreszeiten hinweisen, in dem neben Mozart und Beethoven der Karlsruher Komponist Cassimir mit einer Sonate für Geige und Klavier in D-Dur zu Gehör kommt. Karten bei Doerr (Kaiserstr. 159) und Mendelsohn.

Kammermusik. Am 25., 26., 28., 29. und 30. September wird das Linale-Quartett aus Berlin sämtliche 16 Streichquartette Beethovens aufführen. Um den feinsten Charakter der Violinen her vorzuerheben, wird Herr Dr. Hermann Boppert, der Dirigent des Quartetts, am Sonntag, den 28. September, vormittags 11 Uhr, über die Entstehung und Bedeutung der Streichquartette Beethovens einen Vortrag halten, an dem die Anhaber von Violinen unentgeltlich Zutritt haben. Die Veranstaltung be zogen Kurt Reuffel, vormals Hofmusikantenbandlung Süsses Kunst, Waldstraße 30.

Vorträge über Technik und Gerber wird Anna Ettlinger am 17. September, vormittags 10 Uhr, in der Bielefelds Hofmusikbandlung.

Standesbuch-Auszüge.

Cheantgebote. 16. Sept.: Otto Wille von Senne mit, Senneant-Obobit hier, mit Margarete Wille von Hof; Karl Redder von Korbheim. Schloffer hier, mit Elisabeth Vender von Otten; Karl Schirmer hier, mit hier, Rennerreiner hier, mit Verba Kure von Zoffenau; Mr. Bothin von Nabeuln, Geramitler Meier hier, mit Pauline Heilmannsdorger von hier; Aug. Wolf von hier, Veri-Beamer hier, mit Rosa Köhler von Breiten; Wilhelm Müller von hier, Friedebühn; Hierochichte hier, mit Emile Süher von hier; Res. Ker von Biberdingen, Schloffer und Seunass-monteur hier, mit Elisabeth Weik von Söllingen; Karl Marquart von Kreenbeinstetten, Kolboie hier, mit Friederike Haas von Ruckdorf; Wilhelm Vender von Sinsheim, Kaufmann hier, mit Rosa Häger von hier; Hof, Väter von Diebheim, Ser-gent in Mannheim, mit Barbara Hähl von Altem-müller; Karl Sed von hier, Präger hier, mit Ida Buchs von hier; Wilhelm Schmidt von Schönb., Missionar hier, mit Kath. Schueerpfia non hier; Wilhelm Sanaen hier, mit hier, Elektro-monteur hier, mit Selma Kaufmann von hier; August Arheidi von Gerdlingen, Maschinenfleher hier, mit Elisabeth Auer von Sodenheim.

Geburten. 8. Sept.: Auauia Maria, Vater Kaiser Helm, Mutter: Elisabeth Reuore, Vater Leopold Gerber, Kaufmann; Anemarie, Elisabeth, Vater Albert Scheller, Schloffer; Erich August Bruno, Vater Erich Bachols, Feldwebel-Leutnant. 10. Sept.: Joachim Walter, Vater Walter Ma-nede, Wandtirt; Willi Emil, Vater Emil Lin-a-ler, Schneider; Annelie Margrit, Vater Karl Paul Kaufmann; Maria Elisabeth Kore, Vater Dr. Carl Scheffelmeyer, Leantonsrat; Erka Julie Elisabeth, Vater Emil Kuttruff, Geh. Reg.-Rat. 11. Sept.: Hans Erich, Vater Joh. Dons, Bahn-arbeiter.

Todesfälle. 16. Sept.: Sofie Hlop, Dienstmädchen, alt 19 Jahre; Peter, alt 6 Monate 14 Tage, Vater Hans Beyer, Glendreher. 17. Sept.: Elise Selegel, Schneiderin, ledig, alt 23 Jahre. Beerdaugungs- und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, 18. Sept.: 11 Uhr, Emma Zerand, Privatier-Geburt, Sommerfr. 8 - 3 Uhr, Sofie Hlop, Dienstmädchen, Karlsru. 2a.

Berichtsjaal.

Karlsruhe, 17. Sept. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden folgende Anklagen verhandelt: Ludwig Wilhelm Merkel und Heinrich Merkel aus Dos haben von einem Holzgerglerplatz Bretter entwendet und erhielten wegen schweren Diebstahls je 3 Wochen Gefängnis. Eine Gesell-schaft jugendlicher Arbeiter und Schüler hatte aus dem Kommunalverbandslager in Rastatt durch Einbruch Weiz und Durobst im Wert von etwa 100 M. gestohlen. Es wurden Gesamtstrafen von 3 bis 10 Monaten ausgesprochen. Der Täter Oskar Geora Dietrich aus Weiben wohnte bei dem Aufseher Schottmüller in Dos; er benutzte dessen Abwesen-heit, um einzubrechen und 900 M. Bargeld und Kleidungsstücke und Wertgegenstände im Wert von etwa 500 M. zu stehlen. Die Strafe lautet auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Monate Ehrverlust. Schloffer Clemens und Wutzer und Loggänger Stefan Stup-fel aus Diersdorf wurden wegen Diebstahls von 3 Jagdgeräten in Gaggenau, ersterer auf 8, letzterer auf 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Giffire versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Die Forderungen des Herrn Klotz und das deutsche Volksvermögen.

Artikel 231 der Friedensabhandlungen lautet bekanntlich: Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die verbündeten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den An- griff Deutschlands und seiner Verbündeten aufzu- erwerbenden Krieges erlitten haben.

Diesem anstößig machte der französische Fi- nanzminister Klotz in der Kammerdebatte Vorbe- rungen an Deutschland geltend, die aus dem Munde eines Finanzmannes geradezu lächerlich klingen. Nachdem er berechnet hatte, daß die Kriegskosten der Sieger Deutschlands sich auf 670 Milliarden Franken belaufen, die in einer Periode von fünfzehn Jahren bei fünf p. S. Zinsen auf 1904,5 Milliarden an- wachsen, und noch mehrere Summen in Betracht zieht, um so schließlich eine Gesamtsumme von 4500 Milliarden zu errechnen - eine Rechenerei, die über- zeugt nichts mehr darstellt, als ein Nominalien mit Zahlen - kommt er schließlich zum eigentlichen Zweck seiner Statistik: Die von Deutschland an Frankreich zu zahlende Summe beläuft sich auf 375 Milliarden oder bei einer Verzinsung in sechsund- dreißig Jahren auf 463 Milliarden Franken.

Es bleibt dabei natürlich die Frage offen, was die übrigen Bundesstaaten erhalten sollen, wenn Frank- reich alles behält, was Deutschland zu zahlen in- stande wäre, unangetastet dessen, daß doch auf jeden Fall eine nicht unbedeutende Summe der französi- schen Korruption in der Schmelze bliebe? Es ist über- zeugt seltsam, daß der französische Finanzminister derartige Forderungen überhaupt aufstellt, da er doch den Friedensvertrag kennen muß! Denn als Ergänzung zum Artikel 231 wird im Artikel 232 ausdrücklich betont, daß Deutschland nur die Ver- pflichtung übernimmt, alle Schäden wieder auf zu machen, die der Zivilbevölkerung der alliierten und assoziierten Regierungen während der Kriegszeit anzuhaftet worden sind, da die alliierten und assoziierten Regierungen anerkennen, daß die Volkswirtschaften Deutschlands nicht ausreichten, um die vollständige Wiederherstellung aller Verluste und aller Schäden sicher zu stellen.

Aber auch abgesehen davon, besteht ja nunmehr die Frage, ob wir überhaupt in der Lage wären, eine Summe zu zahlen, die sie der Finanzminister ver- langt. Kurz vor dem Friedensvertrag hatte Arnold Steinmann-Bucher sein ausgearbeitetes Buch „Völ- kerfriede“ (Verlag Reinhold Simon Nachf.) verfaßt, das angelehnt der Rede des Finanzministers Klotz wieder besonders zeitgemäß war. Steinmann-Bucher ist bekanntlich der „Entdecker“ des deutschen Volksvermögens, das er vor dem Kriege auf 375 bis 400 Milliarden Mark berechnet hat. In seiner Schrift hatte Steinmann-Bucher unwiderleglich dar- gelegt, welche Abnutzung das deutsche Volksvermögen während des Krieges und infolge seines unglücklichen Ausgangs erfahren hatte.

Er hatte u. a. gefaßt, der größte Teil des deutschen Volksvermögens bestehe aus Immobilien und Mo- bilitäten, die gegen Feuer versichert sind. Dieser ganze große Hauptteil des deutschen Vermögens habe durch den Krieg unannehmer gelitten. Die Häuser der Städte seien vernachlässigt, lauffähig, mit Schrotlöchern über- laden, und so sei besonders in den Großstädten eine starke Entwertung des städtischen Vermögens zu er- warten.

In der Landwirtschaft sehe es ebenfalls sehr trübe aus, und Steinmann-Bucher gibt hierfür einige Zahlen an. So betrug a. B. die Weizenernt im Jahre 1913 4417 Tausend Tonnen, im Jahre 1918 nur 2458 Tausend Tonnen, die Kartoffelernte im Jahre 1913 52 854 Tausend Tonnen, im Jahre 1918 29 460 Tausend Tonnen. In Schweinen besaß Deutschland Ende 1912 15 476 739, Mitte 1917 8 992 096 usw. usw.

Wenn wir auch nur einen geringen Teil von dem zu zahlen brauchten, was Klotz verlangt, so ist auch dies nur möglich, wenn wir in der Lage sind, unser Volksvermögen wieder aufzubessern; denn was nützen Frankreich die jährlich zu zahlenden Gelder, wenn wir dabei zugrunde gehen? Kurze Zeit nur werden wir den Forderungen gerecht zu werden ver- mögen, und die Gier des Finanzministers wird sich an Frankreich selbst schon richten. Ansehnlich der Mobilien der Korruptionen seien den Franzosen die Worte Steinmann-Buchers anzu- rufen: „Ihr sucht euch damit zu entführen, daß

ihre alles das, was ihr uns raubt, für eure eigene Wirtschaft notwendig habt. Das mag eine gewisse Berechtigung haben. Ihr laßt euch darin dadurch nicht hindern, daß diese letzten Maßnahmen euch nur augenblicklichen Vorteil, aber dauernden Schaden aufzählen, weil sie uns auferlegen werden, einen nach und nach stehenden Kaufvermögen, der Rahlma von Kriegsschadensabläufen, einbrechen zu können. Wie sollen wir dazu in der Lage sein, wenn ihr unsere Wirtschaft vernichtet?“

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse. m. Berlin, 17. Sept. Die Bedenken wegen der innerpolitischen Zustände und die Ermüchtigung infolge der Witterung der Bismardhütte, daß das Unter- nehmen aus den großen Aufträgen keinen ent- sprechenden Nutzen ziehen könne, ferner die unbedeu- tendende Abschlägigkeit von Kohlenkäse, Bodumer und Gubbi-Ver., sowie Gaswerke wirken erwidert, drängen die Kaufkraft zurück und bestärken die Schwächung. Bestimmend war das Abbrechen des Kriegsschadens auf 78%. Der Verkaufsbondage war im allgemeinen aber möglich, so daß erhebliche Kursstärkung vermieden wurden. Die Rückgänge in Kolonialwaren, Schiffahrtswerten und Montanwerten waren ziemlich allgemein. Deutsche Anleihen gaben etwas nach, dagegen überreichliche und ungarische Wertpapiere. Die Börse wurde das Geschäft in den zu Ertragskurven gehandelten Industriepapieren wieder lebhaft bei vorwiegend und zum Teil namhaften Kurssteigerungen.

Table with columns for various stock and bond prices, including entries like 'Schadensb.', 'Kor. St. St.', 'Süd. St.', 'Bombard.', 'Prinz-Prinz', etc.

Table titled 'Devienmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:' with columns for 'Holland', 'Dänemark', 'Schweden', etc.

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 17. Sept. Die Tendenz ge- staltete sich auch weiter unregelmäßig und man be- merkte auch auf verschiedenen Gebieten ein gewisses Nachlassen der lebhaftigen Bewegung. Montan- werten legten bei lebhaftem Geschäft ein, wurden aber später durch die überhandnehmende Haltung der Bodumer, welche auf den Geschäftsbildung circa 5% niedriger einsetzten, enttäuscht beeinflusst. Ober- beauftragten gab etwas nach, dagegen fanden Gaswerke Beachtung. Von Elektrowerten wurden A. G. S. und Schuderer zu besseren Kursen gehandelt. Chemische Werte bewahren behauptete Haltung. Goldschmidt

lagen im Angebot und niedriger. Elektro Griesheim und Bad. Anstalt erzielten Kursgewinne. Schiffahrtswerten verloren circa 4%. Es fanden sowohl Nord- und Südsee im Angebot. Schantungbahn nur wenig beachtet. Für Petroleumwerte war heute wenig Interesse vorhanden. Der Markt war zeit- weise vollkommen bedeckt. Kolonialpapiere, sowie Auslandsanleihen neigten zur Abminderung. Am Rentenmarkt war die Stimmung für Deutsche An- leihen gebessert. Auf dem Gebiete der Werte mit Einheitskursen war die Tendenz fest, doch zeigte sich für vereinzelte Papiere größeres Angebot. Die Börse schloß ruhig bei behaupteten Kursen. Privat- diskont 3 1/2%. Von Auslandsanleihen stellten sich Canada Pacific 598-526, Postmar Ohio K. 175, Spania Romana 565-559, Deutsches Petroleum 838-336.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for 'Badische Bank', 'Deutsche Bank', 'Dresd. Bank', etc., listing various financial instruments and their prices.

Bern, 17. Sept. (Via Drahtbericht.) (Schweiz.) Der Anstalt. Das Schweizerische Volkswirtschafts- departement führt wieder die höchsten Preise für die zu Gebrauchszwecken bestimmten Güter und die Preise ein, um eine weitere Steigerung der Schutz- preise zu verhindern.

Zur Elektrifizierung der italienischen Bahnen. Die Europaverk meldet, sind in Italien in dem Bestre- ben, sich von ausländischen Brennstofflieferanten allmählich unabhängig zu machen und die eigenen Wasserkräfte rationell auszunutzen, Vorbereitungen getroffen worden, um den Eisenbahnbetrieb auf einem Streckennetz von insgesamt 6000 Kilometern auf elektrifizieren. Die Kosten hierfür werden auf rund 800 Millionen Lire berechnet.

Vom Wetter.

Bericht und Beobachtungen des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie. Das trübere Wetter dauert in ganz Deutschland an, doch hat die außergewöhnliche Hitze nachgelassen. Innerhalb erreichen die geringen Nachmittagsstem- peraturen in der Ebene noch 25 Grad, gegen 16 Grad auf den höchsten Erhebungen des Schwarzwaldes, wo über Nacht Nebel eingetreten ist. Heute morgen hat das Wetter zwar dünnlich, es wechelte leichte Ver- wölkung mit heiterem Himmel. Unter dem Einfluss eines westlichen Hochdruckgebietes mit einem Auf- laufer über Nord- und Ostdeutschland ist auch für morgen zunächst noch keine nennenswerte Verände- rung zu erwarten.

Table with columns for 'Ortszeit', 'Barom.', 'Therm.', 'Wind', 'Wolken', etc., providing weather data for various locations.

Table titled 'Schulertinell' with columns for 'Rehl', 'Naxos', 'Raunheim', listing specific weather or astronomical data.

Wanzen. samt Brut, sowie anderes Unge- zier löst man am sichersten mittelst unserem neuesten Spezial-Verfahren vollständig und gründlich. Billigste Berechnung. Reelle Bedienung. Abonne- ments für die Herren Hausbesitzer unter besonders günstigen Bedingungen. Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer Anton Springer nur Ettlingerstr. 51. Telephone 2340

Leciferrin-Tabletten für junge Mädchen, schwächliche Frauen mit blassem Aussehen, matten Augen. Preis M. 3.- in Apoth.

Kaufgesuche. Einfamilienhaus. Garten, Stallung, Gas, elektr. an Bahnh. station anlegen. Anzahlung 8000-10000 M. v. Selbstkaufl. anzu- zeigen unter Nr. 4322 ins Tagblattbüro erbet.

Zigaretten. verpackter Größen. Angebote unter Nr. 4309 ins Tagblattbüro erbet. Schreibmaschinen. mbal. Dok. auf. Schriftl. Anab. m. Schriftprobe. Preis an Hwaib. Schöthofel.

Altertümer. Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233. Telephone 1154.

Getragene Kleider. Mäde, Pelwaren, Teppiche, Vorhänge, Güter, Gebirgswaren, Nähmaschinen, Schüss, Möbel aller Art usw. laut ständig zu höchsten Preisen Karabanoff, An- u. Verkauf, Bähringerstr. 50. Teleph. 5087.

Achtung! Jede höchste Preise für ge- tragene Kleider, Teppiche, Güter, Gebirgswaren, Nähmaschinen, Schüss, Möbel aller Art usw. laut ständig zu höchsten Preisen Karabanoff, Kaiserstr. 37. C. Meer.

Gebr. Möbel. Anstalt u. zu kaufen gesucht. Preis an Hwaib. Schöthofel.

Sammungen. Briefmarken. Kauf. KPIroh. Frankfurt am Main 29. Tel. R. 2142.

Achtung! Sable die besten Preise für getragene Kleider, Teppiche, Güter, Gebirgswaren, Nähmaschinen, Schüss, Möbel aller Art usw. laut ständig zu höchsten Preisen Karabanoff, Kaiserstr. 37. C. Meer.

Seegrasmatratzen. auch ältere gerisse, kauft an angemessenen Preisen D. Gutmann, Rudolf- str. 12.

Zu kaufen gesucht. Anstalt u. zu kaufen gesucht. Preis an Hwaib. Schöthofel.

Platin, Silber und Gold. zu allerhöchsten Preisen gesucht. Angebote unter Nr. 4304 ins Tagblatt- büro erbeten.

Gebr. Möbel. Anstalt u. zu kaufen gesucht. Preis an Hwaib. Schöthofel.

Schusters Fachlehr-Institut f. zeitgemäße Frauenbildung Stuttgart eröffnet für jung. u. alt. Damen, Frauen u. Mädchen am Freitag, 19. Sept., im Café Hildenbrand, Saal, Waldstraße 8, hier, einen gründlich bildenden, 5tägigen, praktischen

Damen-Frisier-Kursus. jeder Stand, jedes Alter verlangt seine eigene Frisur und seine eigene Haarpflege. erlernt sich selbststrach, geschickt u. modern zu frisieren m. dieser Mode, d. sie vorteillich kleidet Tageskurs v. 3-1/2 Uhr, od. Abendkurs v. 7-1/2 Uhr. Honorar Mk. 15.-. Anmeldungen werden nur am Eröffnungstag, 19. Sept., 1 Stunde vor Kursbeginn, im Unterrichtslokal entgegengenommen.

Gesangverein Badenia E.V. Am kommenden Sonntag, den 21. ds. Mts, findet, statt dem im Jahresprogramm vorge- sehenen Herbstausflug nach dem Thomashof ein

Gesang- u. Klavier-Unterricht. Amelie Sonntag, Sofienstr. 27. Sprechstunden von 2-3 Uhr täglich. Schülerin von Frau Amalie Joachim, Herrn Kammeränger Hauser und Konservatorium in Stuttgart.

In Latein, Französi- sch, etc. Primaner u. Gymnasiums, gründlich. Nachhilfe. Angeb. unter Nr. 4316 ins Tagblatt- büro erbeten.

Leere Wein- flaschen. jedes Quantum, zu kaufen gesucht. Herm. Schuler, Weingroßhandlung, Karlsruhe, Wilhelmstraße 4a, Telephone 3304.

Bringen Sie. Ihre alten und un- modernen Winterhüte zum Saisonieren auf meine neuen Botmen. Fr. Dann, Douglasstr. 18, ge- genüber d. Hauptpost. Vorzeichen: Zerrennerstraße 12.

Familienausflug nach Rintheim. Gasthaus zum Schwanen statt. Wir laden hierzu die ver- ehrlichen Mitglieder mit Familienangehörigen höf. ein. Anfang 4 Uhr. Der Vorstand.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme an dem schweren Verluste meines lieben Mannes, unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels August Müller sowie für die vielen Blumen- und Kranzspenden sagen innigsten Dank. Besonderen Dank dem Herrn Pastor Hemmer für die trostreichen Worte, der Direktion der Deutschen Waffen- u. Munitionsfabrik, seinen Kollegen und Mitarbeiterinnen, die A. Athletik-Sportklub, Germania für die Kranz- niederlegung am Grabe, dem Gesangverein „Gleichheit“ für den erhebenden Gesang und allen denen, die dem Entschlafenen während der Leidenszeit Gutes getan haben. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Josephine Müller, geb. Beicher.

Leere Wein- flaschen. jedes Quantum, zu kaufen gesucht. Herm. Schuler, Weingroßhandlung, Karlsruhe, Wilhelmstraße 4a, Telephone 3304.

Bringen Sie. Ihre alten und un- modernen Winterhüte zum Saisonieren auf meine neuen Botmen. Fr. Dann, Douglasstr. 18, ge- gegenüber d. Hauptpost. Vorzeichen: Zerrennerstraße 12.

Familienausflug nach Rintheim. Gasthaus zum Schwanen statt. Wir laden hierzu die ver- ehrlichen Mitglieder mit Familienangehörigen höf. ein. Anfang 4 Uhr. Der Vorstand.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme an dem schweren Verluste meines lieben Mannes, unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels August Müller sowie für die vielen Blumen- und Kranzspenden sagen innigsten Dank. Besonderen Dank dem Herrn Pastor Hemmer für die trostreichen Worte, der Direktion der Deutschen Waffen- u. Munitionsfabrik, seinen Kollegen und Mitarbeiterinnen, die A. Athletik-Sportklub, Germania für die Kranz- niederlegung am Grabe, dem Gesangverein „Gleichheit“ für den erhebenden Gesang und allen denen, die dem Entschlafenen während der Leidenszeit Gutes getan haben. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Josephine Müller, geb. Beicher.

In Latein, Französi- sch, etc. Primaner u. Gymnasiums, gründlich. Nachhilfe. Angeb. unter Nr. 4316 ins Tagblatt- büro erbeten.